

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 63. Ratssitzung vom 18. September 2019

### 1678. 2019/237

**Weisung vom 29.05.2019:**

**Sozialdepartement, Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, Beiträge 2020–2022, Abschreibung Postulat, GR Nr. 2018/450**

Antrag des Stadtrats

- 1.a. Dem Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration wird für die Jahre 2020–2022 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 202 500.– (entsprechend dem Index von 102,0 Punkten des Zürcher Indexes der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2015) gewährt.
- b. Dieser Beschluss ersetzt für die Jahre 2020–2022 den Gemeinderatsbeschluss vom 28. November 2018 zur Weisung vom 22. August 2018 (GR Nr. 2018/293).
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Das Postulat, GR Nr. 2018/450, von Gemeinderätin Ezgi Akyol (AL) und Gemeinderätin Nadia Huberson (SP) betreffend zusätzlichen jährlichen und fallunabhängigen Unterstützungsbeitrag für den Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

**Nadia Huberson (SP):** Die FIZ setzt sich für den Schutz von Migrantinnen ein, die von Gewalt und Ausbeutung betroffen sind. Der Leistungsbezug der Stadt Zürich umfasst Beratungen für Sexarbeiterinnen und Cabarettänzerinnen, sowie subsidiäre Hilfe zur Opferhilfe für Frauenhandelsopfer. Die Beratungsstelle umfasst die psychosoziale Beratung, Informationen und Unterstützung für Opfer von Frauenhandel. Die FIZ leistet also einen wichtigen Beitrag zum Schutz und der Stärkung von Migrantinnen. Im vergangenen Jahr hat der Gemeinderat die Weisung für einen jährlichen, leistungsabhängigen Maximalbeitrag von 149 500 Franken für die Jahre 2019 bis 2022 bewilligt. Am 21. November reichten Ezgi Akyol (AL) und ich ein Postulat ein, mit dem der Stadtrat aufgefordert wurde, zu prüfen, wie die FIZ zusätzlich zum leistungsabhängigen Beitrag mit einem jährlichen, fallunabhängigen Betriebsbeitrag von 100 000 Franken unterstützt werden kann. Der FIZ fehlen die Ressourcen für die Entwicklung und Initiierung von Projekten und für übergeordnete Aufgaben wie Vernetzung, Weiterbildung und ein besserer Zugang zu den Sexarbeiterinnen. Das soll mit diesem Beitragssatz gestärkt werden. Das Sozialdepartement prüfte dies und beantragte dem Stadtrat, mit dieser Weisung einen zusätzlichen Beitrag von 30 000 Franken für die Weiterentwicklung des Angebots

und für die Projektarbeit und eine Erhöhung des Beitragssatzes je Beratungsstunde von 130 auf 150 Franken, also maximal 23 000 Franken, zu sprechen. Total sind das also 53 000 Franken pro Jahr. Dem Gemeinderat wird also beantragt, die Weisung vom vergangenen Jahr aufzuheben und der FIZ 202 500 pro Jahr zu bewilligen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Kommissionsmehrheit / Kommissionsreferentin Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3:

**Ezgi Akyol (AL):** Ich begründe beide Anträge. Es kommt selten vor, dass wir bei Geschäften aus dem Sozialdepartement einer Meinung sind. Im vergangenen Jahr war dies bei der FIZ-Weisung der Fall: der Gemeinderat beschloss ohne Gegenstimme, dass die FIZ jährliche, leistungsabhängige Beiträge erhalten soll. Das zeigt meiner Meinung nach klar auf, dass die Arbeit der FIZ vom Gesamtgemeinderat geschätzt und mitgetragen wird. Der Verein wird seit Jahren von der Stadt unterstützt. Diese Unterstützung beschränkt sich allerdings hauptsächlich auf Beratungsangebote und ist abhängig von den geleisteten Stunden, wie das im Sozialdepartement leider üblich ist. Die fallabhängige Finanzierung bedeutet aber, dass die Schwankungen bei den Beratungsleistungen immer Zulasten der Organisationen ausfallen. Eine fallunabhängige Finanzierung – also quasi ein Sockelbeitrag – würde bedeuten, dass das Kostenrisiko nicht mehr vollständig vom Verein getragen werden müsste. Hinzu kommt, dass im zweiten Bericht zur Entwicklung des Sexgewerbes klar aufgezeigt wurde, dass man in diesem Bereich von einem zunehmenden Bedarf an Angeboten und somit steigenden Kosten ausgeht. Die NGOs haben die Stadt klar aufgefordert, die benötigten Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Eine Mehrheit im Gemeinderat hat deshalb ein Postulat von Nadia Huberson (SP) und mir überwiesen, das einen zusätzlichen, fallunabhängigen Betriebsbeitrag von 100 000 Franken fordert. Die vorliegende Weisung ist die Antwort auf dieses Postulat. Die Beitragssatzerhöhung begrüßen wir sehr, jedoch bleibt die Anzahl der mitfinanzierten Stunden die gleiche – insgesamt 1150 Stunden. In den letzten Jahren hat die FIZ aber immer mehr Stunden geleistet: durchschnittliche 1385. Im Jahr 2015 waren es sogar 2010 Stunden. Darum beantragt Ihnen die AL, nicht nur 1150 Beratungsstunden mitzufinanzieren, sondern insgesamt 1350. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen somit, den jährlichen Maximalbeitrag auf 232 500 Franken zu erhöhen. Mit der Abschreibung des Postulats sind wir ebenfalls einverstanden. Die Diskussion machte klar, dass das Problem in einem grösseren Rahmen angegangen werden muss. Ich möchte noch ein paar Worte zur Position der AL verlieren. In der Kommission wurde immer wieder bemängelt, dass die NGOs nicht schnell genug auf die neuen Möglichkeiten des Internets reagieren. Gleichzeitig wird jetzt aber kritisiert, dass wir einen gewissen finanziellen Spielraum für die FIZ schaffen möchten, um unter anderem solche oder andere Projekte zu initiieren. In der Weisung wird darauf hingewiesen, dass die FIZ äusserst flexibel auf neue gesetzliche und strukturelle Situationen reagieren muss und ihr Beratungsangebot immer wieder auf die Bedürfnisse der Zielgruppe anpasst. Diese Flexibilität bedeutet aber auch viel Kraft, Geld und Zeit – das muss uns klar sein. Die Vertreterin der FIZ sagte in der Kommission klar, dass Stiftungen und SpenderInnen lieber Projekte und keine Betriebsbeiträge finanzieren. Es sei schwieriger, die Sockelkosten zu finanzieren. Die Kirchen hätten diese Lücke lange geschlossen, jedoch sind sie der Ansicht, dass

*diese Lücke von der öffentlichen Hand gedeckt werden müsste. Das sehen wir von der AL auch so. Mit einem zusätzlichen Sockelbeitrag würde die Stadt ein Zeichen setzen, dass sie neben der Beratungsarbeit auch die Arbeit der Gesamtorganisation mitträgt und als wichtig erachtet. Der Stadtrat möchte aber keine Pauschalbeiträge, die zu einer Ungleichbehandlung führen würde. Stadtrat Raphael Golta meinte in der Kommission gar, wir seien kein Spendenparlament und dass es bei fallunabhängigen Betriebsbeiträgen beispielsweise auch möglich werde, dass dieses Geld für Kindergeburtstage verwendet würde. Gleichzeitig hat der Stadtrat mit der heutigen Ungleichbehandlung kein Problem: Städtische Leistungsverträge haben sich in den letzten Jahren verändert und unterscheiden sich von Departement zu Departement und teilweise sogar innerhalb eines Departements. So werden im Präsidialdepartement noch immer jährliche Betriebsbeiträge bewilligt, während im Sozialdepartement grundsätzlich die jährlichen leistungsabhängigen Maximalbeiträge gewährt werden – wie auch in der vorliegenden Weisung. Früher hat auch das Sozialdepartement Betriebsbeiträge bewilligt. Das Sozialdepartement kennt aber nicht nur leistungsabhängige, sondern auch leistungsorientierte Maximalbeiträge. Wir werden mit einem Postulat fordern, dass in einem Bericht aufgezeigt wird, wie sich die verschiedenen Arten von Leistungsverträgen auf NGOs und ihre Tätigkeiten auswirken und was die NGOs dazu zu sagen haben.*

Kommissionsminderheit:

**Alexander Brunner (FDP):** *Im Gegensatz zu vorher ist die FDP hier nicht für die Erhöhung. Die Minderheit ist pro Stadtrat Raphael Golta, im Gegensatz zur SP. Die Erhöhung hat eine Vorgeschichte, genauso wie der Vorschlag, einen Sockelbeitrag zu sprechen, was systemfremd wäre. Die Systemdiskussion können wir führen, sollten das aber nicht anhand der FIZ tun. Die FDP stört ein Punkt. Die FIZ ist vor allem im Sexgewerbe tätig und ist sehr stark aufsuchend. Dass das eine wichtige Aufgabe ist, stellt niemand in Abrede. Es ist aber wichtig festzustellen, dass die Digitalisierung auch vor dem Sexgewerbe nicht Halt macht – was vom Sozialdepartement bis zu den anderen Beteiligten von niemandem bestritten wird. Die FDP wollte damals mit der AL eine Diskussion darüber führen, wie man damit umgehen könnte. Über die geforderte Beitragserhöhung ist dabei nichts herausgekommen. Man sollte sich fragen, was die FIZ mit ihren Kräften bei der kommenden Flexibilisierung unternehmen könnte. In diese Richtung haben wir auch Fragen gestellt, bis anhin aber noch nichts Handfestes erhalten. Wir sind uns alle bewusst, dass die Digitalisierung und das Anbandeln in Kleinsalons schwierige Themen sind. Diese Themen beschäftigen uns und die GLP sehr stark. Bis anhin hatte ich das Gefühl, dass die Politik davor die Augen verschlossen hat und sich sagte, man macht mehr vom Gleichen und hofft, dass dabei etwas Neues herauskommt. Ich hoffe, das geschieht hier nicht. Ich habe bereits ein Postulat eingereicht, mit dem ich die Entwicklungen im Sexgewerbe erfassen möchte. Am Ende weiss niemand, was genau passiert. Das zu erfassen, scheint viel schwieriger zu sein, als in Kontaktbars. Deshalb sind wir für den Vorschlag des Stadtrats und möchten keine Erhöhung.*

Weitere Wortmeldungen:

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** Für uns Grüne ist die FIZ eine zentrale Institution der Sozialpolitik der Stadt. Die FIZ ist aber auch schweizweit die Institution, in der sich das Wissen darüber konzentriert, was in Sachen Frauenhandel geschieht. Ich höre mit Freude, dass darüber eine Einigkeit im Rat besteht. Wir von der Mehrheit möchten weiter zum Ausdruck bringen, dass wir die FIZ sichern, stabilisieren und den Ausbau finanzieren möchten. Die FIZ hat finanziell schwierige Zeiten hinter sich. Die Leistungs- und Subjektorientierung ist nicht das Gelbe vom Ei. Wir haben es gehört: Es gibt verschiedene Organisationen, die mit einer Grundsicherung ihre Infrastruktur betreiben. Um der FDP zu antworten: Man überlegt sich bei der FIZ schon, wie man mit der Digitalisierung umgehen soll, aber man kann nicht einfach sagen: Zack, hier haben wir ein Konzept und wissen jetzt, wie es läuft. Nicht zuletzt braucht es die Finanzierung, um mehr Raum zu haben, an diesen Konzepten zu arbeiten.

**Markus Baumann (GLP):** Wir sprechen hier über etwas Vergleichbares wie zuvor. Ich möchte nochmals betonen, dass weder die FIZ noch dessen Arbeit in irgendeiner Art in Frage gestellt wird. Das zeigte nicht zuletzt der Gemeinderatsbeschluss von verganginem November. Die GLP hat dazumal schon klar gesagt, dass wir nicht für die Erhöhung eines Sockelbeitrags sind, ohne dass eine leistungsorientierte Zahlung stattfindet. Alexander Brunner (FDP) sagte, er möchte nicht auf das System eingehen und diese Diskussion müssen wir heute auch nicht führen. Aber wenn wir in Zukunft weiterhin solche Postulate und Anträge stellen, die genau das tun, dann möchte ich alle einladen, dass wir zuerst über das System sprechen. Denn manchmal muss man Anpassungen vornehmen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass das System zielführend ist, im Gegensatz zu dem, worüber wir heute debattieren. Denn man schafft dadurch neue Ungerechtigkeiten, da man Vereine ungleich behandelt. Heute will man Sockelbeiträge sprechen. Was wäre der nächste Schritt? Da würden wir zurückgehen und wieder faktische Defizitgarantien geben. Dieses Szenario ist wirklich nicht zielführend. Wir können über Objektfinanzierung im ganzen Sozialbereich sprechen, dafür ist die GLP offen. An Einzelbeispielen Experimente durchzuführen finde ich nicht zielführend und unseriös. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag und die Weisung abzulehnen.

**Walter Anken (SVP):** Nach Diskussion in der Kommission vor einem Jahr hat die SVP der Weisung über 149 000 Franken zugestimmt. Wir erkennen, dass die FIZ eine wichtige Arbeit macht und Migrantinnen vor Gewalt und Ausbeutung schützt. Es ist völlig logisch, dass die SVP das unterstützt. Wir möchten bei diesen 149 000 Franken bleiben und lehnen die Weisung und selbstverständlich die von der AL geforderte Erhöhung ab. Die AL fordert fall- und leistungsunabhängig eine Erhöhung von 100 000 Franken. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Für dieses Geld soll gar keine Gegenleistung erbracht werden. Stadtrat Raphael Golta sagte in der Kommission, dass er verärgert war und darüber bin ich froh, denn ich war auch verärgert. Hier handelt es sich um nichts anderes als um eine Ungleichbehandlung. Kann sein, dass eine andere Institution auf die Idee kommen, bei linken Politikern 100 000, 200 000 oder 300 000 Franken zu fordern, denn diese kommen gar nicht auf die Idee zu fragen, was mit dem Geld

geschieht. Auch die FIZ hat ein Budget, mit dem man geplant hat und nun kommt einfach ein Geldregen von 100 000 Franken. Was tust du damit? Steckst du es ins Marketing? Dann hast du viel mehr Aufträge. Wer viel mehr Aufträge hat bei gleich vielen Angestellten, kann die Aufträge erst in zwei, drei Jahren erledigen. Also muss man mehr Personen anstellen, wodurch die Kosten weiter steigen. Hinzu kommt, dass die Anzahl Sexarbeiterinnen in der Stadt zurückgeht. Warum müssen wir dann soviel Geld aufwenden? Das Gegenteil ist doch der Fall: Die Zahlen gehen zurück, also sollten wir weniger Geld benötigen. Die AL begründet die 100 000 Franken mit der Digitalisierung. Darauf bin ich allergisch: Immer, wenn einem nichts mehr in den Sinn kommt, bringt man das Wort Digitalisierung. Bitte lehnen sie die Weisung und den Änderungsantrag für die Erhöhung ab. Bleiben wir bei 149 000 Franken, diese sind gut eingesetzt.

**Marcel Tobler (SP):** Ich bin mir nicht sicher, ob ihr den Antrag richtig gelesen und verstanden habt, worüber wir gleich abstimmen werden. Es wurde immer von einer angeblichen Systemänderung gesprochen, aber das steht hier gar nicht zur Debatte. Im vom Gemeinderat überwiesenen Postulat stand ein fallunabhängiger Beitrag, der steht jetzt nicht mehr drin und wird auch nicht mehr beantragt. Wir haben uns in der Kommission davon überzeugen lassen, dass wir weiterhin einen leistungsabhängigen Betrag sprechen sollen. Es geht einzig und allein darum, den Beitrag zu erhöhen und nicht darum, eine Systemänderung herbeizuführen. Wir von der SP sind der Meinung, wir sollten eine Erhöhung sprechen. Es geht nicht darum, einen Sockelbeitrag zu leisten, wie es vorhin erwähnt wurde.

**Ezgi Akyol (AL):** Offenbar hat man die Kommissionsdebatte nicht mal ansatzweise mitbekommen. Es geht eben nicht um die fallunabhängige Finanzierung, diese wollte der Stadtrat eben nicht umsetzen.

**Alexander Brunner (FDP):** Ich glaube, das Wort Digitalisierung ist tatsächlich ein abgedroschenes Wort. Im Sexgewerbe verändert es unser Verhalten genauso wie in anderen Bereichen: Wir sind alle mit unseren Smartphones eng verbunden. Wie ich in der Diskussion mit der AL zu erörtern versuchte ist, dass ich mir gut vorstellen kann einen Projekt- oder Sockelbeitrag zu sprechen – wie man es auch immer nennen möchte – wenn man einfach weiss, worum es dabei geht. Zum Thema Innovation im Sozialbereich stellt sich die Frage, wie man die NGOs in Zukunft unterstützen kann, bei den sich anbahnenden Trends Fuss zu fassen. Ich bitte Stadtrat Raphael Golta, bei der Digitalisierung voran zu treten und nicht darauf zu warten, bis eine der NGOs eine Idee hat. Deshalb möchte ich nochmal auf mein Postulat zu sprechen kommen und hoffe, dass man sich dem Thema widmet – nicht nur in der Sozialkommission. Es geht dabei nicht nur um die Frage, wie man die Digitalisierung finanziert, sondern wie man das Thema überhaupt angeht.

**Ernst Danner (EVP):** Bei den langen Jahren, in denen ich beim Kanton gearbeitet habe, gab es den Spruch: Willkür ist das Schönste am Regieren. Das sagten vor allem ältere Amtschefs und Regierungsräte. Ich als Jurist fand das nur halb lustig. Betrachte ich die Erhöhungen, die von der Kommission beschlossen wurden, fühle ich mich an

diese Zeit zurückversetzt. Es darf ein bisschen mehr sein und wenn man dann fragt, wofür, sind die Antworten sehr schwach. Auch hier werden wir mit dem seriösen Antrag des Stadtrats stimmen, gehen aber nicht darüber hinaus.

**Markus Baumann (GLP):** Ich möchte auf den Vorwurf antworten, wir hätten nicht zugehört. Natürlich haben wir zugehört, waren gar aktiv mit dabei. Man muss festhalten, dass das Postulat von Ezgi Akyol (AL) und Nadia Huberson (SP) ganz klar einen Sockelbeitrag gefordert hatte. Das kam dank des Stadtrats nicht durch, worüber ich sehr froh bin. Dass anschliessend die Erhöhung in einen maximalen Leistungsbeitrag verpackt wurde, ist mir bewusst. Anderweitig hätte es nicht funktioniert und vielleicht keine Mehrheit hier drinnen gefunden. Für mich ist trotzdem nicht klar, was die FIZ mit dieser Beitragserhöhung machen wird – es auch wirklich nicht für Fixkosten verwendet wird. Denn am Schluss kann es Umschichtungen geben, das wissen wir alle. Ich gehe davon aus, dass das Geld entsprechend der Leistungsvereinbarung verwendet wird und in drei bis vier Jahren können wir nachprüfen, wie die Gelder bezogen wurden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

**STR Raphael Golta:** Heute wurde viel über das System gesprochen, auch wenn das Gegenteil versichert wurde. Zu kurz kam die Würdigung dessen, was die Organisation genau tut. Das finde ich bemerkenswert bei einer Weisung, die wir als Stadtrat sehr schnell vorgelegt haben – nur ein halbes Jahr nach Überweisung. Ich hoffe, zukünftige Diskussionen gehen wieder mehr um die Leistung, denn letztlich ist das Geld mit einer solchen verknüpft. Es würde dem Parlament gut anstehen, die Diskussion entlang dieser Leistung zu führen, denn das hätte die Organisation auch verdient. Ich bezweifle nicht im Geringsten, dass wir gemeinsam mit der FIZ sinnvolle Wege finden werden, die leistungsbezogenen Mittel im Sinne der FIZ und dem Stadtrat auszugeben. Wie schnell es geht und ob es auch immer die von Einzelnen gewünschten Projekte sein werden, das werden wir sehen. Ich selbst möchte auch nicht zu tief in die Systemdiskussion eintauchen. Wenn aber gesagt wird, die Organisationen litten wahnsinnig unter der heutigen Ausgestaltung, dann muss ich entgegenen: Auch unter diesem können Sie die gleichen Leistungen finanzieren wie mit einem Sockelbeitrag. Sie müssen nur sagen, wofür Sie das Geld haben möchten. Wir sind also sehr weit entfernt von einer Subjektfinanzierung, wie sie Katharina Prelicz-Huber (Grüne) angesprochen hatte. Ich bin gespannt auf das von Ezgi Akyol (AL) angekündigte Postulat, wonach man die Organisationen befragen möchte. Ich hoffe, es wird ein paralleles Postulat, das den Stadtrat und die Verwaltung befragt, ob wir auch gerne etwas mehr Freiraum hätten bei der Vergabe der vom Gemeinderat gesprochenen Mittel. Natürlich ist mehr Spielraum für eine Organisation attraktiver, aber den nötigen Spielraum haben wir auch mit dem heutigen System. Ob Sie nun dem wahrscheinlich unterliegenden Antrag des Stadtrats oder dem Antrag der Kommission folgen werden: Wir werden das Resultat bei der Vorberatung der neuen Weisung besprechen können. Ich freue mich auf eine dann etwas mehr inhaltlich geprägte Diskussion.

7 / 8

### Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1.a

Die Mehrheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1.a:

1.a. Dem Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration wird für die Jahre 2020–2022 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 232 500.– ~~Fr. 202 500.–~~ (entsprechend dem Index von 102,0 Punkten des Zürcher Indexes der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2015) gewährt.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Ezgi Akyol (AL), Referentin; Präsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Marco Geissbühler (SP), Nadia Huberson (SP), Mathias Manz (SP), Roger-Paul Speck (SP), Marcel Tobler (SP)  
Minderheit: Alexander Brunner (FDP), Referent; Vizepräsident Markus Baumann (GLP), Walter Anken (SVP), Raphael Kobler (FDP), Marcel Müller (FDP), Derek Richter (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Ezgi Akyol (AL), Referentin; Präsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Marco Geissbühler (SP), Nadia Huberson (SP), Mathias Manz (SP), Roger-Paul Speck (SP), Marcel Tobler (SP)  
Minderheit: Alexander Brunner (FDP), Referent; Vizepräsident Markus Baumann (GLP), Walter Anken (SVP), Raphael Kobler (FDP), Marcel Müller (FDP), Derek Richter (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 47 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

### Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK SD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Ezgi Akyol (AL), Referentin; Präsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Vizepräsident Markus Baumann (GLP), Walter Anken (SVP), Alexander Brunner (FDP), Marco Geissbühler (SP), Nadia Huberson (SP), Raphael Kobler (FDP), Mathias Manz (SP), Marcel Müller (FDP), Derek Richter (SVP), Roger-Paul Speck (SP), Marcel Tobler (SP)

8 / 8

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

- 1.a. Dem Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration wird für die Jahre 2020–2022 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 232 500.– (entsprechend dem Index von 102,0 Punkten des Zürcher Indexes der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2015) gewährt.
- b. Dieser Beschluss ersetzt für die Jahre 2020–2022 den Gemeinderatsbeschluss vom 28. November 2018 zur Weisung vom 22. August 2018 (GR Nr. 2018/293).
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Das Postulat, GR Nr. 2018/450, von Gemeinderätin Ezgi Akyol (AL) und Gemeinderätin Nadia Huberson (SP) betreffend zusätzlichen jährlichen und fallunabhängigen Unterstützungsbeitrag für den Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 25. September 2019 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 25. November 2019)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat